

„Das Maß ist voll“

VV der Bundes-KZV tagte in München

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sollten die Ohren geklungen haben – so massiv war die Kritik, die die deutschen Vertragszahnärzte bei der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) von München aus nach Berlin schickten.

Dr. Wolfgang Eßer stimmte die Zahnärzteschaft als Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) vor dem Hintergrund des strukturellen Finanzdefizits in der GKV und der daraus resultierenden Gesetzgebung auf schwere Zeiten ein. Harsch verurteilte er erneut das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) und bezeichnete es als „einen absolut unverdaulichen, toxischen Politcocktail“. Eßer prognostizierte, dass „die fatalen Folgen dieses Spargesetzes unseren Patientinnen und Patienten und der zahnärztlichen Versorgung über Jahre schaden werden: Im Zielkonflikt zwischen Versorgung und Finanzstabilisierung der GKV hat die Politik sich im Wissen um diese Folgen auf die Seite der Kostendämpfung geschlagen und damit gegen die Versicherten und deren Versorgungsansprüche gestellt“.

Vor dem Hintergrund galoppierender Inflation und exorbitant steigender Preise für Energie- und Materialkosten würden die zusätzlichen Beschränkungen des Honorarzuwachses in Kombination mit der wieder eingeführten strikten Budgetierung die flächendeckende Sicherstellung der Versorgung gefährden. Dies gelte vor allem für die gerade erst neu eingeführte Parodontitis-therapie, die noch im Rollout befindlich vom Gesundheitsminister blockiert werde. „Es fehlen nachweislich in den beiden nächsten Jahren einige hundert Millionen Euro in diesem präventionsorientierten Versorgungsbereich, die den Versicherten erst vor nicht mehr als einem Jahr versprochen wurden.“ Dem Minister warf Eßer zudem Untätigkeit vor, weil er sich nicht entschlossen gegen die zunehmende Vergewerblichung der zahnmedizinischen Versorgung stellen, sondern mit seiner Politik Investoren und Private Equity Gesellschaften quasi den roten Teppich ausrollen würde. Von diesen politischen Fehlern besonders hart getroffen werden ländliche und strukturarme Regionen in Deutschland, „weil sie wie ein Katalysator, wie ein Brandbeschleuniger bei der Vernichtung von Versorgungsressourcen wirken und den Fachkräftemangel zusätzlich befördern.“

Eßer rief die gesamte Zahnärzteschaft dazu auf, unmissverständlich ihren Protest gegen eine fehlgeleitete Politik deutlich zu machen. „Wir werden trotz alledem alles dafür tun, um die Parodontitis-Versorgung über die Zeit zu retten und Patientinnen und Patienten, die auf diese Behandlung dringend angewiesen sind, nicht im Stich zu lassen. Aber dort, wo das Geld fehlt, können wir nicht gewährleisten, dass die Versorgung vollumfänglich sichergestellt wird.“

Widerstand

Christian Berger, Vorsitzender des Vorstands der KZVB, schloss sich der Kritik Eßers an: „Wir haben auch und gerade aus Bayern heraus alles Menschenmögliche getan, um dieses Kostendämpfungsgesetz zu verhindern. Ich darf daran erinnern, dass rund ein Drittel der offenen Briefe an Karl Lauterbach von unseren Mitgliedern stammte. Auch die bayerische Staatsregierung und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag haben uns im Kampf gegen das Lauterbach-Gesetz unterstützt. An dieser Stelle darf ich dem bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek herzlich danken, der viel Verständnis für die berechtigten Anliegen der Zahnärzteschaft gezeigt und sich sehr engagiert für uns eingesetzt hat.“

Holetschek, der bei der VV persönlich anwesend war, versprach, sich auf Bundesebene weiter für die Anliegen der Zahnärzte einzusetzen. Das GKV-FinStG müsse zurückgenommen, das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung durch andere Maßnahmen wie die vollständige Finanzierung versicherungsfremder Leistungen ausgeglichen werden.

Leo Hofmeier